

Zu den... Einzelpreis 40 Pfg. für Best.-Best. 5. Jahrg.

Die... Nummer 62 • Abend-Ausgabe

STREIFER
Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Verhandlungen im Eisenbahnerstreik

Noch keine Aussicht auf Einigung

Um 10 Uhr vormittags sind die Verhandlungen zwischen den Spitzenorganisationen und der Reichsregierung über den Eisenbahnerstreik fortgesetzt worden.

Ueber den Stand und die Aussichten der Verhandlungen liegen bei Schluß des Blattes noch keine Nachrichten vor.

Obwohl über den Stand der Verhandlungen genaue Nachrichten noch nicht vorliegen, hat es doch den Anschein, als sei es seit Sonnabend zu einer Annäherung zwischen der Regierung und den streikenden Beamten gekommen.

Die Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten stellt als Grundbedingung für eine Einigung die Forderungen, daß die Regierung das Versprechen abgibt, keine Maßregelungen vorzunehmen, daß sie ferner sofort in Verhandlungen über die Neuregelung der Gehälter für die unteren Beamtenkategorien eintritt.

Auch diese Forderungen zeigen, daß eine Einigung mit der Reichsgewerkschaft durchaus nötig ist. Die angeführten Bedingungen sind so maßvoll, daß Verhandlungen darüber jeden Augenblick möglich sein sollten.

Der Standpunkt der Regierung

Welks Bureau teilt mit: In der Reichskanzlei fanden am Sonntag unter Vorsitz des Reichskanzlers Besprechungen statt, zu denen die Mitglieder des Kabinetts und Führer der in der Regierung vertretenen Parteien erschienen waren.

Es herrschte Einmütigkeit darüber, daß die Lage, wenngleich durch das Zusammenreffen der beiden Streiks in Berlin für die Berliner Bevölkerung besonders mißliche Verhältnisse geschaffen seien, nach wie vor nach dem großen Gesichtspunkte der Gesamtpolitik, insbesondere der Gesamtsituation Deutschlands gegenüber dem Auslande und der Weltwirtschaft beurteilt werden müsse.

politischen Parteien und den gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen aufrechterhalten. Die im Gange befindlichen Verhandlungen über die Besoldungsfragen mit den Spitzenverbänden der Arbeiter, Angestellten und Beamten werden morgen vormittags 10 Uhr in der Reichskanzlei ihren Fortgang nehmen.

Für das Streikrecht der Beamten

Eine wichtige Entscheidung des Bund

Der Bund der technischen Angestellten und Beamten hat in seiner Entscheidung zum Streik der Eisenbahnbeamten Stellung genommen:

Der Vorstand des Bundes der technischen Angestellten und Beamten beschloß in seiner Sitzung am 4. Februar mit der Erklärung der Spitzenverbände der Arbeiter und Angestellten zum Streik der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und -anwärter, er billigte das Verhalten des Vertreters des Allgemeinen freien Angestelltenbundes in den Verhandlungen mit der Reichsregierung und schloß sich der Beurteilung des Streiks der Reichsgewerkschaft in vollem Umfange an.

Mit derselben Entscheidung weist er aber den Angriff auf das Koalitionsrecht durch die Verordnung des Reichspräsidenten zurück. Das in der Verfassung seitlich anerkannte Koalitionsrecht wird zu einer leeren Form, wenn der Arbeitnehmer bei seiner Anwendung bestraft wird.

verhältnisses als eines Härteverhältnisses ist mit dem Wesen eines freien Volkstaates unvereinbar. Selbst das Disziplinarrecht des früheren Obristenstaates kennt keine strafrechtlichen, sondern lediglich zivilrechtliche Folgen für die ihre Arbeit einstellenden Beamten.

Der Vorstand des Bundes der technischen Angestellten und Beamten hält es für die Pflicht der Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie der Arbeitnehmervertreter, in den Parlamenten darauf zu dringen, daß der Reichstag das verfassungsmäßige Koalitionsrecht der Beamten durch Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten wieder herstellt.

Der Streik in Frankfurt a. M.

Drahtmeldung unseres Korrespondenten Frankfurt a. M., 6. Februar.

Eine Meldung, daß der Bahnhof Hanau-Ost von 2000 Streikenden erfaßt worden sei, ist falsch. Im Gegenteil haben die Hanauer Streikenden dem Staate Millionenwerte gerettet, indem sie die Notstandsarbeiten verrichteten.

Von der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -anwärter wird erklärt, daß seit Sonnabend sowohl der Deutsche Eisenbahnerverband, wie auch der Allgemeine Eisenbahnerverband, mit überwältigender Mehrheit durch Entschluß in dem Streik die Reichsgewerkschaft unterstützt.

Der Streik in den städtischen Betrieben

Neue Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium

Es war vorauszu sehen, daß der Beschluß der Streikleitung vom Sonnabend allgemeine Beurteilung finden würde. Das auch von uns aufs schärfste gemißbilligte Vorgehen der Streikleitung findet nur bei den Eberlein-Kommunisten Verteidiger.

Demgegenüber muß nochmals ausdrücklich festgestellt werden, daß diese Angaben unzutreffend sind, und daß durch den Spruch des Schiedsgerichts der bestehende Manteltarif ohne jede Abänderung bis Ende Juni dieses Jahres verlängert worden ist.

Unverständlich und geradezu sinnlos ist der Beschluß der Streikleitung auch deshalb, weil die Arbeitsniederlegung am Sonntag morgen in keiner Weise geeignet war, die Kreise zu treffen, die nach dem Wunsch der Leitung getroffen werden sollten.

Den härtesten Nährboden für diese Stimmung gab die Unterbindung der Wasserzufuhr ab, insbesondere, da nach den vorhergehenden Beschlüssen und Verhandlungen nicht

damit zu rechnen war, daß der Streik so plötzlich erklärte würde. Als am Sonntag morgen die Berliner Bevölkerung durch die Morgenpresse und die eingestellte Gas- und Wasserzufuhr von dem Vorgehen Kenntnis erhalten hatte und sie gezwungen war, ihren dringendsten Wasserbedarf an dem nächsten Straßenbrunnen zu decken, wo sie eine große Anzahl von anderen Notleidenden vorfand, machte sich ihre Empörung in den schärfsten Ausdrücken gegen die Streikleitung Luft.

Die städtischen Arbeiter und Angestellten müssen damit rechnen, daß unter diesen Umständen der Ausbruch einer Reihe von technischen Verbänden an ihre Mitglieder, sich sofort der Technischen Ratshilfe zur Verfügung zu stellen, von nicht geringem Erfolg sein wird. Es ist bekannt, daß die Technische Ratshilfe bei ihrer Zusammensetzung ohne diese Ratshilfe der Techniker nichts hätte ausrichten können, da ja nur völlig ungeschulte Leute bisher zur Verfügung standen.

Der Streik wird die ohnehin schon durch den Eisenbahnerstreik bedrängte Ernährungslage Berlins weiter verschärfen. Wie mitgeteilt wird, haben die Groß-Berliner Bäckereien und Brotfabrikanen am gestrigen Sonntag dem Magistrat erklärt, daß ihnen durch die Stilllegung der Wasserwerke die Brotherstellung völlig unmöglich ist. Ebenso wird das Inbetriebsetzen der Berliner Straßenbahn, deren Betriebseinstellung bei dem jetzigen Eisenbahnerstreik auch bei der arbeitenden Bevölkerung aufs Schwerste empfunden wird, auch nach Streikbeendigung noch große Schwierigkeiten machen.

Auch bei Berücksichtigung aller etwa für das Vorgehen der Streikleitung sprechenden Umstände muß mit Rücksicht auf die durch den Streik hervorgerufene schwere Schädigung der arbeitenden Bevölkerung und das dazu im Vergleich geringe Kampfsobjekt vor der Streikleitung verlangt werden, daß sie ein sofortiges Ende des Streiks herbeiführe. Wir zweifeln nicht daran, daß, falls von der Leitung das Arbeitsministerium nochmals angerufen wird, sich leicht eine Verständigungsbasis zwischen Magistrat und Arbeitnehmern finden würde und dieser für die arbeitende Bevölkerung überaus schädliche Kampf beendet werden kann.

